

1955 – die „alte“ Bundesrepublik inmitten des Kalten Krieges

Peter März

Im Rückblick erscheint das Jahr 1955, sechs Jahre nach Gründung der Bundesrepublik – und der DDR –, auf den ersten Blick nicht durch eine ähnlich spektakuläre Zäsur geprägt, wie das Jahr 1961 mit dem Mauerbau, das Jahr 1968 mit der Studentenrevolte, das Jahr 1989 mit dem Kollaps der DDR und dem Heraufzug eines neuen Zeitalters oder auch, für die Kenner und Liebhaber, das Jahr 1954 mit dem „Wunder von Bern“ und der ersten von vier deutschen Fußballweltmeisterschaften.¹ Aber das Jahr 1955 hatte es in sich, gerade im Blick auf die Außen-, Europa-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, also im Blick auf genau jenes Viereck von Bezugsfaktoren, das für die Existenz der zweiten Republik von zentraler Bedeutung war. Die enge Abfolge und Vertaktung von Kommunikationen, Konferenzen, Vorentscheidungen wie Ratifikationen gerade in diesem Bereich erinnern an ein Drama von shakespearehafter Wucht. Dazu gleich mehr.

1. Erinnerungskultur 1955

Geradezu bezeichnend für die Koordinaten in der frühen Bundesrepublik erscheint die Sprachregelung, die Bundeskanzler Adenauer bei seinem Aufenthalt in Paris am 9. Mai 1955 anlässlich der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO fand, exakt zehn Jahre nach der deutschen Kapitulation in Reims und Karlshorst: „Das deutsche Volk hat die Untaten, die von einer verblendeten Führung in seinem Namen begangen wurden, mit unendlichen Leiden bezahlt. In diesen Leiden hat sich seine Läuterung und Wandlung vollzogen.“² Ohne hier Sprachregelung, Blickrichtung und Kontextualisierung weiter vertiefen zu wollen, wird doch so viel klar: Im Blick zurück wie nach vorn wurde sehr viel anders gewichtet, als wir dies heute an einem kalendarisch runden 8. Mai gewohnt sind.

Denn ein Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, das wirft zunächst und vor allem die Frage auf, wie die Deutschen Ende April und Anfang Mai dieses Ereignisses „gedachten“. Nach Richard von Weizäckers ikonografisch gewordener Rede aus dem Jahr 1985 und auch im Lichte des diesjährigen – 2015 – Erinnerns scheint diese Frage unabweisbar. Wer aber daraufhin googelt oder das *Archiv der Gegenwart* befragt³, der findet erst einmal eigentlich nichts. Das schließt natürlich nicht aus, daß es doch ein Erinnern an 1945 gab, aber in jedem Fall blieb es peripher gegenüber einem anderen runden Datum – 1955 war das Schillerjahr. Letzteres haben die Zeitgenossen des Jahres 1955 eindeutig priorisiert: Es ging um den Tod des Nationaldichters Friedrich Schiller 150 Jahre zuvor, am 9. Mai 1805 gegen 18.00 Uhr in seinem Weimarer Heim.⁴ Diese Erinnerung wurde mit zwei großen Festakten begangen, jedes Mal unter Einsatz des Klassikers der deutschen Literatur im 20. Jahrhundert schlechthin, Thomas Manns, am 8. Mai 1955 im Stuttgarter Staatstheater, sechs Tage später, am 14. Mai, im Weimarer Nationaltheater. Über viele Monate hatte Thomas Mann sich auf seine Stuttgarter und Weimarer Festrede vorbereitet. In Stuttgart übernahm die politische Flankierung der höchste Repräsentant der Bundesrepublik und zugleich sozusagen so etwas wie ihr

1 Der vorliegende Beitrag ist die Langfassung eines Vortrages am 17. September 2015 in der Bayerischen Vertretung in Berlin bei einer Tagung zur Geschichte der „alten“ Bundesrepublik.

2 Zit. nach Blasius, Rainer: Bonn und der 8. Mai. In: FAZ vom 11.05.2015, S. 6.

3 Vgl. *Archiv der Gegenwart. Deutschland 1949 bis 1999*. St. Augustin 2000.

4 Alt, Peter-André: *Schiller. Leben – Werk – Zeit*, Bd. 2. München 2000, S. 609.

Staatsintellektueller, Bundespräsident Theodor Heuss, mit dem sich Thomas Mann überraschend gut verstand; in Weimar war es DDR-Kulturminister Johannes R. Becher. Heuss hatte auch wirkungsmächtig die Vorbehalte des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Beziehungen gegen den Doppelauftritt Thomas Manns abgewehrt und sozusagen das Bild der so in den Mittelpunkt gerückten weiter gemeinsamen deutschen Kulturturnation über die West-Ost-Antagonismen gestellt. Thomas Mann selbst, dem man in Stuttgart wie in Weimar über die Maßen schmeichelte und mit üppigsten Festessen beehrte, fühlte sich, hier wie da, offenkundig wohl; in Weimar sprach der Nobelpreisträger insbesondere dem dort reichlich aufgetragenen Kaviar zu, der ihm freilich „zu hartkörnig“⁵ war. Und im übrigen hatte Thomas Mann das Muster des Jahres 1955 ja schon im Gründungsjahr der beiden deutschen Staaten und gleichzeitigem Goethejahr 1949 praktiziert, mit Reden am Geburtsort Frankfurt am Main und gleichfalls in Weimar. Auch die, die sich als die Neuerer in der deutschen Literatur empfanden, die Gruppe 47, setzten 1955 gesamtdeutsche Akzente. Der Spiritus rector der Gruppe 47, Hans Werner Richter, gehörte ganz dem antiadenauerschen, neutralistischen Lager an. Anlässlich der Jahrestagung der Gruppe 47, die 1955 in West-Berlin stattfand, traf man sich mit den DDR-Schriftstellern Stephan Hermlin und Bodo Uhse „in einem sehr gemütlichen Weinlokal“⁶. Dabei gerieten zwei Antipoden heftig aneinander: Gerhard Löwenthal, Programmdirektor des SFB und später beim ZDF-Magazin journalistischer Frontmann gegen das SED-Regime, und der dem ostdeutschen Staat doch ganz dominant verbundene Dichter Stephan Hermlin.

Sucht man schließlich doch nach so etwas wie einer Zäsur für den reflektierten Umgang im Jahr 1955 mit damals noch jüngster deutscher Zeitgeschichte, dann sollte man an erster Stelle das Erscheinen von Karl Dietrich Brachers Standardwerk über die Auflösung der Weimarer Republik in erster Auflage⁷ erwähnen. Selbstredend ging es hier nicht um das ein Jahrzehnt zurückliegende Kriegsende, aber um so etwas wie eine intellektuell wirkmächtige Annäherung an die Voraussetzungen der deutschen Katastrophe, um Friedrich Meineckes berühmte Formel zu bemühen. Bracher demonstrierte hier die Leistungsfähigkeit politikwissenschaftlicher Systematik, die die Vielfalt des historischen Prozesses ordnet. Es ging, wenn man so will, paradigmatisch um das Bild einer am Ende kollabierenden Demokratie, mit von Anfang an schwacher Substanz und starken, wohl übermächtigen Gegenkräften. Bracher selbst führte das im Vorwort so aus, es gehe darum, ein Modell zu entwickeln „für die Probleme [...] des Abbaus und Verlusts politischer Macht“⁸, also zu analysieren, unter welchen soziologischen, ideologischen, politisch-operativen und konstitutiv-normativen Bedingungen eine demokratische Staatsordnung zerstört werden könne. Das war als umfassende Fragestellung neu und korrelierte zugleich mit den vielfachen Anstrengungen, die Bundesrepublik als Demokratie zu befestigen. Insofern war es ein zeithistorisches Buch, aber auch ein eminent politisches Buch.

5 Harpprecht, Klaus: Thomas Mann. Eine Biographie. Berlin 1995, S. 2040; zur Begegnung mit Theodor Heuss in Stuttgart siehe dessen beide Biographien Radkau, Joachim: Theodor Heuss. München 2013, S. 415 und Merseburger, Peter: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. München 2012, S. 569.

6 Böttiger, Helmut: Die Gruppe 47. Als die deutsche Literatur Geschichte schrieb. München 2012, S. 217.

7 Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. 5. Auflage. Villingen 1971.

8 Ebd., S. XVIII.

2. *Ökonomische Rahmendaten*

Die ökonomischen Rahmendaten des Jahres 1955 für Westdeutschland vermitteln, auf dem Höhepunkt der Rekonstruktionsphase nach dem Zweiten Weltkrieg, ein Bild wie aus einer fernen und ganz anderen Zeit. Bei 49 203 000 Einwohnern in Westdeutschland gab es 22 830 000 Erwerbstätige, also etwas über die Hälfte verglichen mit dem heutigen wiedervereinigten Deutschland, und 928 000 Arbeitslose bei ganzen 80 000 ausländischen Arbeitnehmern, ein Jahrzehnt später würden es schon über 1,1 Millionen sein.⁹ Die noch geringe Zahl an ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auch wenn es schon erste Anwerbungen gab, hatte mancherlei Gründe. Der wohl wichtigste war die kontinuierliche Zuwanderung überdurchschnittlich junger und gut ausgebildeter Menschen aus der DDR, von September 1949 bis zum Bau der Mauer durch Berlin am 13. August 1961 nahezu 2,7 Millionen, allein 1955: 252 870.¹⁰

Am meisten stechen aber für das Jahr 1955 zwei ökonomische Daten ins Auge: Es ist das Jahr mit dem höchsten realen Wirtschaftswachstum in (West-)Deutschland in der gesamten Nachkriegszeit seit Ende des Zweiten Weltkrieges, plus 12,1 Prozent, also ein Wachstum jenseits chinesischer Dimensionen, wie wir sie heute kennen bzw. bis vor kurzem kannten. Und die öffentliche Verschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betrug ganze 10,9 Prozent, also nur einen Bruchteil des heute signifikanten Maas-tricht-Kriteriums von 60 Prozent.¹¹

Seit 1950/1951 war die Bundesrepublik in ihrer Zahlungsbilanz vom Defizit- zum Überschußland geworden, sie trat den Weg zum späteren Export-Weltmeister an. Von 1954 bis 1956 stiegen die Auslandsaufträge der deutschen Industrie im Jahresdurchschnitt um rund 26 Prozent, die Bank Deutscher Länder, die Vorläuferin der Bundesbank, sah sich veranlaßt, auf die Bremse zu treten, um einer Überhitzung des Booms zu begegnen; 1955/1956 erhöhte sie in mehreren Schritten den Diskontsatz von drei Prozent auf 5,5 Prozent. Und in der Folge begann die Diskussion um eine notwendige Aufwertung der D-Mark, die die weitere Geschichte der Bundesrepublik, manchmal stärker, manchmal schwächer, im Grunde bis zur Einführung des Euro begleiten sollte. Typisch für solche Prozesse war auch, daß die Ökonomen, namentlich in der Notenbank selbst, primär um die Stabilität der Währung besorgt waren und den Boom abzukühlen trachteten, während die politische Führung, namentlich Bundeskanzler Konrad Adenauer, kontrahierende Maßnahmen – im Gegensatz zu Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard – ablehnte.¹²

Das exorbitante Wachstum bedeutete freilich bei den symbolhaften langlebigen Konsumgütern, an erster Stelle dem Automobil, noch nicht jenen Aggregatzustand, den der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshausen als die „Demokratisierung des Konsums“¹³ bezeichnet. Zunächst ging es um ein Aufholen bei Nahrungsmitteln und Kleidung. Der Pro-Kopf-Vorkriegsverbrauch (bezogen auf 1936) wurde bei Zigaretten, Bier, Schnaps, Zucker und Kaffee insgesamt bis Mitte der fünfziger Jahre erreicht. Der Höhepunkt bei

9 Zahlen nach Abelshausen, Werner: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart.* München 2011, S. 297.

10 Weber, Hermann: *Geschichte der DDR.* München 1989, S. 325.

11 Zahlen nach: *Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948.* Hrsg. von der Deutschen Bundesbank. München 1998, Kap. VII, Holtfrerich, Carl-Ludwig: *Geldpolitik bei festen Wechselkursen (1948–1979)*, S. 347–438, hier S. 350.

12 Vgl. *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975.* Hrsg. von der Deutschen Bundesbank. Frankfurt am Main 1976, hier Kapitel Emminger, Otmar: *Deutsche Geld- und Währungspolitik im Spannungsfeld zwischen innerem und äußerem Gleichgewicht (1948–1975)*, S. 485–554, hier S. 491 ff.

13 Abelshausen: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte*, S. 338.

der Anschaffungswelle für langlebige Gebrauchsgüter ist hingegen ein Jahr fünf später anzusetzen, etwa zwischen 1958 und 1960. Immerhin: Im Jahrzehnt „zwischen 1951 und 1961 versiebenfachte sich der Bestand an Personenkraftwagen von 700 000 auf über fünf Millionen“¹⁴. Erst am Ende der fünfziger Jahre begann sich jenes Wohlstands- und Konsumbild umfassend auszuprägen, das wir uns gerne von den Anfängen der Bundesrepublik machen: Verbreitung von Schwarz-Weiß-Fernsehern und Tonbandgeräten, der VW Käfer und mit ihm die jährliche Fahrt über den Brenner an den Gardasee oder an die Adria.

3. Das Viereck: Deutschland-, Sicherheits-, Außen- und Europapolitik

Gleichwohl: Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen steht mit gutem Grund das Viereck von Deutschland-, Sicherheits-, Außen- und Europapolitik. Eine vergleichbar enge und dramatische Taktfolge der Ereignisse bietet, um das zu wiederholen, vermutlich kein Jahr der Nachkriegszeit:

- Am 27. Februar 1955 die Ratifizierung der Pariser Verträge, das heißt insbesondere NATO- und WEU-Beitritt, Deutschlandvertrag und Saar-Statut, durch den Bundestag,
- vom 11. bis 15. April 1955 die Moskauer Verhandlungen einer österreichischen Regierungsdelegation mit der sowjetischen Führung, in deren Ergebnis am 15. Mai der Österreichische Staatsvertrag unterzeichnet wurde,
- vom 27. April bis 5. Mai eine Expertenkonferenz der Westmächte zur Vorbereitung der Genfer Konferenz vom Juli mit den Themen deutsche Wiedervereinigung und europäische Sicherheit, nun auch unter Mitwirkung deutscher Experten,
- am 5. Mai 1955 das Inkrafttreten der Pariser Verträge mit dem Ende des Besatzungsstatuts und vier Tage später, am 9. Mai 1955, der förmlich vollzogene NATO-Beitritt der Bundesrepublik,
- wiederum fünf Tage später, am 14. Mai 1955, die Unterzeichnung eines neuen Pakt-systems von Sowjetunion und ihren Satelliten in Gestalt des „Warschauer Paktes“,
- vom 1. bis 3. Juni 1955 in Messina eine Außenministerkonferenz der sechs Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – Frankreich, die drei Beneluxstaaten, Italien und die Bundesrepublik – zur Wiederankurbelung der westeuropäischen Integrationsbestrebungen; im Ergebnis sollte es 1957 in Rom zur Gründung der EWG kommen,
- am 7. Juni 1955 die Übermittlung einer Einladung an Bundeskanzler Adenauer zu einem Besuch „in Kürze“ in Moskau,
- vom 12. bis 19. Juni 1955 ein Besuch des Bundeskanzlers in den USA, insbesondere, um die amerikanischen Partner, nunmehr Verbündete, von allen etwaigen Neutralisierungsüberlegungen für Deutschland abzubringen, die zwischenzeitlich kolportiert worden waren, und um die anstehende Gipfelkonferenz der vier Siegermächte in Genf wie Adenauers Moskau-Besuch vorzubereiten,
- vom 18. bis 23. Juli 1955 der Vier-Mächte-Gipfel in Genf, der erste seit der Potsdamer Konferenz von 1945, über Fragen der europäischen Sicherheit wie der deutschen Wiedervereinigung,
- auf der Rückreise von Genf am 26. Juli 1955 in Ost-Berlin die Erklärung Nikita S. Chruschtschows auf einer Großkundgebung, daß es auf dem Gebiet des früheren Deutschen Reiches nunmehr zwei souveräne Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen gebe, die nicht einfach zusammengefügt werden könnten,

14 Ebd., S. 339.

- vom 8. bis 14. September 1955 Adenauers Moskau-Besuch mit einer Delegation, die über 140 Personen umfaßte,
- am 20. September 1955 die Bestätigung der vollen Souveränität der DDR durch die Sowjetunion,
- am 23. Oktober 1955 das Plebiszit im Saarland über das sogenannte Saar-Statut. Die Ablehnung mit 67,71 Prozent bedeutete im Ergebnis, daß es nicht zu einem eigenen Territorium Saarland kam, sondern zur sogenannten „kleinen“ Wiedervereinigung des Saarlandes mit der Bundesrepublik am 1. Januar 1957,
- vom 27. Oktober bis 16. November 1955 die Vier-Mächte-Außenminister-Konferenz in Genf, ohne Ergebnis in der Deutschlandfrage,
- am 12. November 1955 die Ernennung der ersten Freiwilligen der künftigen deutschen Bundeswehr durch Bundesverteidigungsminister Theodor Blank, darunter die militärpolitisch besonders profilierten Generäle Hans Speidel und Adolf Heusinger. Bewußt war für diesen Akt, mit dem die Bundeswehr ins Leben trat, der 200. Geburtstag des preußischen Militärreformers Gerhard von Scharnhorst gewählt worden.

Worauf kommt es an, was ist die Fragestellung, die diese Taktfolge an Ereignissen zusammenhält? Die Frage oder Scheinfrage nach Wiederbewaffnung und Westintegration der Bundesrepublik einerseits oder beschleunigter Wiedervereinigung, verbunden mit einem wie auch immer blockfreien oder neutralen Status andererseits, prägte die Konfliktlinien in Westdeutschland über nahezu ein Jahrzehnt, vom Ausbruch des Korea-Krieges am Morgen des 25. Juni 1950, durch den Überfall Nordkoreas auf Südkorea, bis zum Ausbruch der sogenannten „Zweiten Berlinkrise“ mit dem „Chruschtschow-Ultimatum“ vom 27. November 1958.¹⁵ Unmittelbar nach dem Ausbruch des Korea-Krieges setzten die forcierten Bemühungen der westlichen Siegermächte ein, an erster Stelle der USA und vielfach gegen französischen Widerstand, das Potential der Bundesrepublik in die westliche Verteidigung einzubinden – parallel begleitet durch das Angebot des seit einem Jahr amtierenden ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, einen (west-)deutschen Wehrbeitrag zu leisten und zugleich die „Neuordnung der Beziehungen zu den Besatzungsmächten“¹⁶ auf die Tagesordnung zu setzen. Im Gegenzug sind zweierlei Tendenzen festzuhalten:

Auf der einen Seite die Bildung eines neutralistischen Lagers in der Bundesrepublik, personifiziert in der Figur des ersten Bundesinnenministers Gustav Heinemann. Heinemann verließ am 9. Oktober 1950 die Bundesregierung, zwei Jahre später die CDU und wurde Mitbegründer der Gesamtdeutschen Volkspartei. Letztere ging dann selbst 1957 mit weiteren Akteuren, denen noch eine bemerkenswerte politische Zukunft bevorstand, wie Johannes Rau und Erhard Eppler, in der SPD auf.¹⁷ Neben dieser sehr harten, gesinnungsethisch auftretenden Opposition gegen den Kurs der Westbindung ist eine gewissermaßen „weichere“ Opposition zu sehen, ob im Bundeskabinett unter dem langjährigen Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser, ob in der sozialdemokratischen Opposition insbesondere in der Nach-Schumacher-Zeit unter Erich Ollenhauer, ob auch in großen Teilen des Koalitionspartners Adenauers, der FDP, bis Anfang 1956. Für dieses Spektrum wird man bilanzieren dürfen, daß es sich durchaus als im westlichen Lager stehend verstand, zugleich aber definitive Festlegungen auf eine westdeutsche Beteiligung am westlichen Bündnissystem kritisch sah, solange nicht alle

¹⁵ Wettig, Gerhard: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau. München 2006, S. 31.

¹⁶ Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg: 1876 bis 1952. Stuttgart 1986, S. 763.

¹⁷ Zu den Abläufen im einzelnen Treffke, Jörg: Gustav Heinemann. Wanderer zwischen den Parteien. Eine politische Biographie. Paderborn u. a. 2009.

tatsächlichen oder auch vermeintlichen Verhandlungsoptionen mit der sowjetischen Gegenseite ausgelotet waren. Schließlich und auf der anderen Seite letztere selbst:

Die Sowjetunion ging faktisch vielfach den Weg, nicht selbst aus der Deckung zu treten, sondern nach außen die DDR-Führung agieren zu lassen. Der erste Paukenschlag in diese Richtung war das Schreiben von DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl vom 30. November 1950 an den Bundeskanzler – die sogenannte Initiative „Deutsche an einen Tisch“ – zur „Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern beider deutscher Staaten“.¹⁸ Auch in diesem Falle zeigen die Quellen klar, daß das Schreiben von sowjetischer Seite initiiert und von SED-Generalsekretär Walter Ulbricht formuliert worden war, Grotewohl hatte eine Blanko-Unterschrift zur Verfügung gestellt. Vor allem war hier der für die SED-Seite so sensible Punkt freie Wahlen in Gesamtdeutschland zu Beginn eines Wiedervereinigungsprozesses umschifft worden – nicht ohne Grund sollte eben dieser Punkt im gesamten deutschlandpolitischen Kräftemessen während der fünfziger Jahre immer wieder die Rolle einer Wasserscheide spielen.¹⁹ Die vielfach in der wissenschaftlichen wie publizistischen Diskussion bis heute so überhöhten sogenannten „Stalin-Noten“ des Jahres 1952²⁰ erscheinen insofern lediglich als eine Komponente unter vielen in den deutschlandpolitischen West-Ost-Interaktionen der fünfziger Jahre.

Neben dem Zäsurcharakter der Jahre 1954 und 1955, auf den hier noch zurück zu kommen sein wird, zunächst noch einmal zum definitiven Abschluß dieser Phase: Die zweite Berlin-Krise bedeutete tatsächlich, daß es nicht mehr um echte oder auch vorgetäuschte Chancen auf eine deutsche Wiedervereinigung ging, sondern um die Bewahrung der westlichen und mit ihnen der westdeutschen Positionen in Berlin und damit schlicht um die Erhaltung des Status quo im Kalten Krieg angesichts einer offensiven sowjetischen Politik („Freie Stadt West-Berlin“ mit DDR-Kontrolle der Zugänge). Noch am 23. Januar 1958 waren Gustav Heinemann, nun für die SPD, und Adenauers FDP-Intimfeind Thomas Dehler im Bundestag über den Kanzler hergefallen, hatten ihm verpaßte Chancen in der Wiedervereinigungsfrage und eine fehlgeleitete Politik der Stärke vorgeworfen. Mit ihrem Deutschlandplan vom 19. März 1959 legte die SPD ein Konzept vor, das dem Wortlaut nach den ursprünglichen sowjetischen Vorstellungen weit entgegenzukommen schien: Militärisches Disengagement in der Mitte Europas, eine gesamtdeutsche Konferenz von Beauftragten beider deutscher Regierungen, Wahlen zu einer Nationalversammlung erst in einem sehr späten Stadium des Wiedervereinigungsprozesses.²¹ Das prowestliche bzw. proamerikanische Lager in der SPD, angeführt von dem jungen Regierenden Bürgermeister in West-Berlin, Willy Brandt, war von vornherein skeptisch²². Am Ende stand Herbert Wehners Bekenntnis im Bundestag vom 30. Juni 1960 zu Westbindung, Landesverteidigung und zentraler Rolle freier Wahlen in einem

18 Hoffmann, Dierk: Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie. München 2009, S. 572.

19 Wohl am heftigsten hatte sich gegen die sogenannte Grotewohl-Initiative der Oppositionsführer und SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ausgesprochen: Die sogenannte Ostzonenverwaltung sei lediglich „Bestandteil eines Satellitensystems, in dem es nur einen Willen gibt, nämlich den Willen des Auftraggebers und Herrschers der Sowjetunion“, und es gehe hier lediglich um „die nationale Methode zur Erkämpfung der kommunistischen Diktatur in Deutschland“, zit. nach Merseburger, Peter: Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher. Eine Biographie. Stuttgart 1995, S. 515.

20 Für den jüngsten Forschungsstand Ruggenthaler, Peter (Hrsg.): Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung. München 2007.

21 Text des Deutschlandplanes in Archiv der Gegenwart, Bd. 3, Oktober 1957 bis Mai 1962. St. Augustin 2000, S. 2388 f.

22 Schmidt, Wolfgang: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948 bis 1963. Wiesbaden 2001, S. 266 ff.

künftigen Wiedervereinigungsprozeß – und auf Nachfrage die ausdrückliche Feststellung: Der Deutschlandplan der SPD von 1959 sei „sicher“ überholte Vergangenheit.²³ Beginnende Entspannungspolitik bei Wahrung des machtpolitischen Status quo in Berlin, über den Mauerbau vom 13. August 1961 hinweg, waren schließlich die Leitplanken in einer neuen Phase des Kalten Krieges. Adenauer wurde dabei in diesem letzten Abschnitt seiner Amtszeit, in dem er sich gegen mancherlei Konzessionsbereitschaft in Washington gegenüber den sowjetischen Forderungen in Richtung auf eine Aufweichung des Berlin-Status für die Westsektoren querlegte, zum Garanten der Integrität der unter westlicher Vormundschaft stehenden Halbstadt. Hans-Peter Schwarz resümiert dazu in seiner Adenauer-Biographie: „Mit einer Kombination von Halsstarrigkeit und vorerst nur angedeuteter Konzessionsbereitschaft ist es dem Kanzler tatsächlich gelungen, die Stadt unversehrt durch vier Jahre scharfer sowjetischer Pressionen hindurch zu retten. Freilich wird später niemand daran denken, ihn deswegen als einen Retter des freien Berlins zu feiern, obwohl er dies verdienen würde. Stattdessen pflegt die Adenauer-kritische Publizistik weiterhin das lieb gewordene Feindbild des anti-berlinischen katholischen Rheinländers.“²⁴

4. *Muster Österreichischer Staatsvertrag?*

In diesem Rahmen nun die Jahre 1955 – und vorgeschaltet 1954. Ihre außen- und deutschlandpolitische Taktfolge ist hier bereits aufgelistet worden. Vor wenigen Monaten hat der in Hildesheim und Wien tätige deutsch-österreichische bzw. österreichisch-deutsche Historiker Michael Gehler eine monumentale Studie vorgelegt. Sie lotet für die Mitte der fünfziger Jahre den Zusammenhang von österreichischer und deutscher Frage aus, analysiert Analogiesierungen wie Trennungen und gelangt am Ende zu dem Ergebnis – im Blick auf das Zustandekommen des Österreichischen Staatsvertrages vom 15. Mai 1955: „Ein Österreich-Modell für Deutschland scheiterte weniger am angeblich fehlenden sowjetischen Willen in den Jahren von 1952 bis 1955, sondern vielmehr an der entschiedenen Ablehnung im europäischen Westen, der auf Zeit zu spielen versuchte, um die Integration der Bundesrepublik abzusichern und zu verankern.“²⁵ Gehler beruft sich ausdrücklich auf Historiker wie Rolf Steininger, Josef Foscemoth und Wilfried Loth, die solche und ähnliche Thesen vielfach vertreten haben –, und er steht damit in mehr oder weniger weitreichender Distanz zu Kollegen aus der Zunft, wie Gerhard Wettig und seinem österreichischen Landsmann Peter Ruggenthaler. Letztere stellen eine tatsächliche sowjetische Konzessionsbereitschaft im Blick auf Deutschland, im Blick auf einen hinreichend legitimierbaren und substanzreichen Wiedervereinigungsprozeß sehr in Frage und dies in Kenntnis sowjetischer Quellen und nicht nur mittels indirekter Zeugnisse über westliche Politiker, Diplomaten und Publizisten.

Gehlers Darstellung kommt für eine Fragestellung wie die nach der deutschland- und sicherheitspolitischen Landschaft des Jahres 1955 aber geradezu wie gerufen, nicht um seine Befunde zu sakralisieren oder zu dämonisieren, sondern um sich an ihnen im besten Sinne kritisch abzuarbeiten. Vorab sei bemerkt: Nach Standort des Autors wie Themenstellung ist hier naturgemäß der Österreich-Bezug sehr viel stärker ausgeprägt, als es in einer Analyse der Fall wäre, die sich ganz auf Deutschland bezöge. Das ist aber nicht der entscheidende Punkt.

23 Archiv der Gegenwart, Bd. 3, S. 2664.

24 Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952 bis 1967. Stuttgart 1991, S. 749.

25 Gehler, Michael: Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955. Innsbruck, Wien, Bozen 2015, S. 1240. Zur Entstehung des Vertrages ferner grundlegend Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Wien, Köln, Graz 1998.

Zunächst einmal muß man fairerweise konzedieren, daß der Autor keineswegs sozusagen linear von der sowjetischen Konzessionsbereitschaft in der Österreich-Frage 1955 – Souveränität, uneingeschränkte nationale Gesamtstaatlichkeit, Abzug aller Besatzungstruppen und neutraler Status – auf eine analoge Konzessionsbereitschaft für das geteilte Deutschland schließt. Er nennt zentrale Akteure der österreichischen Außenpolitik, wie den damaligen Staatssekretär im Außenministerium und späteren Bundeskanzler Bruno Kreisky, die eine solche Analogie stets angesichts der gegebenen geostrategischen, machtpolitischen und ökonomischen Lagen für unrealistisch hielten.²⁶ Zweitens liegt Gehler zumindest in der Tendenz wohl nicht falsch, wenn er ein Wiedervereinigungsinteresse beim ersten Bundeskanzler für nachrangig erklärt. Auch bei Hans-Peter Schwarz ist, aus sehr viel anderer Perspektive, das berühmte Adenauer-Zitat aus dem Jahre 1955 nachzulesen: „Wir haben der Welt mit immer größerer Lautstärke verkündet, die Wiedervereinigung ist das erste Problem der Welt. Das ist falsch. Das erste Problem ist, daß wir in Frieden und Freiheit bleiben, zunächst die 50 Millionen, und dann kommen die 18 Millionen.“²⁷ Die Frage ist allerdings, wie ein solches Zitat einzuordnen, zu kontextualisieren und schließlich zu bewerten ist. Das heißt: Adenauers Sorgen vor einer isolierten deutschen Position zwischen West und Ost, vor den Rapallo-Ängsten der immer noch sehr kritischen westlichen Partner, vor den innerdeutschen Offensiv-Ambitionen des SED-Regimes und seines sowjetischen Vormundes und umgekehrt seine Entscheidung für die prioritäre politische, kulturelle und strategische Bindung an den Westen wird man wohl auch heute noch sehr ernst nehmen müssen. Gehler sieht in Adenauer den erweiterten Rheinbundpolitiker und grenzt gegen ihn positiv den Wiedervereinigungskanzler Helmut Kohl ab: Letzterer habe, anders als Adenauer, ob 1952 oder 1955, eine verengte Westperspektive überwunden, die Sowjetunion voll ins deutschlandpolitische Kalkül einbezogen und so den Schritt über den Rubikon zur Wiederherstellung der nationalen Einheit möglich gemacht. Um hier den Bogen von 1955 zu 1989 und 1990 zu schlagen. Gehler schreibt an anderer Stelle:

„Der gebürtige Pfälzer, ein studierter Historiker und von der Reichsgeschichte ausgehender Politiker, verheiratet mit einer gebürtigen Leipzigerin, hatte eine andere Orientierung als der vom rheinischen Katholizismus geprägte Verwaltungsjurist und ehemalige Kölner Oberbürgermeister Adenauer, der Vorbehalte, wenn nicht sogar Aversionen gegenüber dem ‚ostelbischen Junkertum‘ und Preußen hatte.“²⁸ Vermutlich würde Helmut Kohl allerdings eine solche Kontrastierung deutlich von sich weisen. Und an dieser Stelle sind die hier wesentlichen kritischen Fragen zu stellen: Gewiß gilt das Jahr 1955 im Blick auf die internationalen Beziehungen zumindest in Teilen als so etwas wie ein lindes Tauwetterjahr im Kalten Krieg. Die wesentlichen Bezugspunkte für diese Vermutung sind eben der Österreichische Staatsvertrag und die Genfer Gipfelkonferenz vom Juli des Jahres, die sich atmosphärisch recht freundlich anließ. So machte US-Präsident Eisenhower keinen Hehl daraus, wie sehr er sich darüber freue, bei dieser Gelegenheit seinen alten Kriegskameraden Marschall Schukow wiederzutreffen, der als sowjetischer Verteidigungsminister mit in die Schweiz gekommen war.²⁹ Sieht man einmal davon ab, daß Gehler vermutlich die Bedeutung des Akteurs Adenauer für die Formulierung der westlichen Politik insgesamt zu hoch ansetzt – Adenauer erscheint bei ihm

26 Gehler: Modellfall, S. 1221.

27 Zit. nach Schwarz: Adenauer. Staatsmann, S. 185.

28 Gehler, Michael: „Friedliche Revolution“ und Wiedervereinigung Deutschlands. Interne und externe Faktoren im Zusammenspiel 1989/1990. In: Veen, Hans-Joachim/Schlichting, Franz-Josef (Hrsg.): Von der Urkatastrophe Europas bis zur Wiedervereinigung Deutschlands – Etappen deutscher Zeitgeschichte 1914 bis 1990, Stiftung Ettersberg. Erfurt 2014, S. 111–144, hier S. 141.

29 Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960. Paderborn u. a. 1996, S. 78.

als geradezu dominante Figur im westlichen Lager überhaupt – so ist der Haupteinwand der, daß eine echte, quellengestützte Binnenperspektive sowjetischer Politik, einschließlich der Entwicklung in der DDR, bei Gehler wie den ihm nahestehenden, schon genannten Autoren gar nicht eingenommen wird. Die deutsche Wiedervereinigung der Jahre 1989/1990 war zweifellos, ohne dies hier weiter zu vertiefen, in hohem Maße Funktion und Ergebnis einer tiefen Zäsur in der europäischen Geschichte insgesamt, des Endes des Kalten Krieges, weit über die deutsche Dimension hinaus, wie einer massiven Selbstinfragestellung der sowjetischen Führung hinsichtlich Bestandsfähigkeit und Legitimation ihres Imperiums insgesamt.

Von auch nur im Ansatz vergleichbaren Entwicklungen konnte im ganzen Mitte der fünfziger Jahre nicht die Rede sein. Wiederholt wurde von der sowjetischen Führung 1955 betont, eine Preisgabe der DDR und ihrer „sozialistischen Errungenschaften“ komme nicht in Frage. Nikita Chruschtschow machte bei der Rückreise von der Genfer Gipfelkonferenz in Ost-Berlin Station und erklärte hier am 26. Juli 1955: „Man kann die deutsche Frage nicht auf Kosten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik lösen. Wir sind davon überzeugt, dass die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik sich nicht mit einem Standpunkt einverstanden erklären können, der nur die Interessen der westlichen Ländergruppierungen zu Ungunsten der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik berücksichtigt.“³⁰ Ähnlich Nikolai Bulganin auf der Genfer Konferenz: Es hätten sich inzwischen „zwei Deutschland gebildet – die DDR und die Bundesrepublik Deutschland –, jedes mit seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur.“³¹

Für die SED-Spitzenfunktionäre, die sich ja am sowjetischen Vormund orientierten, war klar und aus ihrer Sicht positiv, daß der Bestand der DDR nicht zur Disposition stand bzw. zur Disposition stehen dürfe. Staatssicherheitschef Ernst Wollweber erklärte am 5. August 1955, also wenige Tage nach dem Ende der Genfer Konferenz, vor seinen Mitarbeitern zu Frage und Wünschbarkeit freier Wahlen: „Es darf auch keine Illusionen geben bei uns [...]. Wir machen freie Wahlen und lassen dann entscheiden, wie es nach der Wahlentscheidung raus kommt. Wir sind Demokraten, aber keine Idioten. Wir sind für freie Wahlen, wenn bei diesen freien Wahlen die Arbeiterklasse und ihre führende Partei eine entscheidende Rolle spielen [...].“³² Und klar waren die Prioritäten bei SED-Spitzenfunktionär und Politbüromitglied Karl Schirdewan, den Walter Ulbricht gut zwei Jahre später in die Verbannung schickte: „Für mich besaß die eigenständige sozialistische Entwicklung der DDR Priorität [...]. Als Sozialist ging es mir [...] darum, die Chance für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu nutzen.“³³ Genau der eben hier dokumentierte ordnungspolitische bzw. ideologische West-Ost-Gegensatz fiel aber 1989/1990 immer weitergehend weg, weil das marxistisch-leninistische Ordnungsmodell implodierte. Ohne diese Differenzierung kann man die Konstellation von Mitte der fünfziger und die von Ende der achtziger Jahre nicht sinnvoll miteinander vergleichen. Und es kommt hinzu: Die DDR war, nimmt man die SBZ-Jahre hinzu, seit mittlerweile einem Jahrzehnt Teil des sowjetischen Imperiums. Das sowjetisch besetzte Ostösterreich hingegen war diese ganzen Jahre über Teil des österreichischen Gesamtstaates geblieben, strukturell zwar benachteiligt gegenüber den von den Westmächten besetzten Zonen, aber eben nicht in einer politisch und gesellschaftlich antagonistischen Position zum Westen des Landes und ohne freien, demokratischen Wettbewerb.

30 Archiv der Gegenwart, Bd. 2., S. 1497.

31 Zit. nach Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/1949 bis 1961. Berlin 1999, S. 195.

32 Zit. nach ebd., S. 196, Fußnote 31.

33 Zit. nach ebd., S. 195, Fußnote 30.

Konrad Adenauer selbst war ein dezidiertter Gegner des Österreichischen Staatsvertrages. Er scheute sich nicht, von der „ganzen österreichischen Schweinerei“ zu sprechen. Äußerer Anlaß war die in letzter Minute in den Staatsvertrag aufgenommene Übergabe deutschen Eigentums, das die Siegermächte verwalteten, an die Republik Österreich, im Falle der Westmächte ohne Entschädigung, im sowjetischen Falle mit Ablösen in Geld- und Warenform.³⁴ Die heftige Verärgerung darüber führte zur schwersten Krise in den deutsch-österreichischen Beziehungen der Nachkriegszeit, vielleicht mit Ausnahme der deutschen Beteiligung durch die Regierung Schröder/Fischer an den Sanktionen der EU-Mitgliedsstaaten gegen die Anfang 2000 in Wien installierte Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ mit deren provozierendem Vormann Jörg Haider. Adenauer ließ sich im Bundestag am 21. Juni 1955 zu dem Satz hinreißen: „Nirgendwo ist ja Hitler so begeistert aufgenommen worden wie in Wien.“³⁵ Insbesondere auf amerikanischen Druck hin mußte der Kanzler bald zurückrudern. Für die Westmächte war es inakzeptabel, daß die Bundesrepublik, wie immer auch die geschichtlichen Fakten in bezug auf den sogenannten „Anschluß“ 1938 liegen mochten, Österreich in eine inferiore Lage drängte. Tatsächlich aber war Adenauer weniger wegen beschlagnahmter Vermögenswerte im Umfang von wohl einigen Hundert Millionen D-Mark erbost. Es ging vielmehr um die großen geostrategischen Koordinaten: Der Österreichische Staatsvertrag brachte zum einen für das kleine deutschsprachige Nachbarland im Süden eine Gesamtstaatslösung, von der er sich für die Neutralisten im eigenen Land Auftrieb versprach.³⁶ Das zweite war, daß nicht wenige militärische Sachverständige in der ewigen Neutralität Österreichs eine erhebliche geostrategische Schwächung des NATO-Bündnisses sahen, das nunmehr durch den Alpenhauptkamm geteilt war. Und das dritte war, sozusagen umgekehrt, daß viele westliche Politiker und Militärs einen neutralen Status Österreichs nur deshalb als halbwegs akzeptabel ansahen, weil mehr oder weniger gleichzeitig die Bundesrepublik Mitglied der NATO geworden und damit die Stärke des Bündnisses eklatant gewachsen war. Und aus dieser Warte des neutralen Österreichs als Nutznießer des NATO-Eckpfeilers Bundesrepublik im Sinne des strategischen Gleichgewichts fürchteten umgekehrt führende österreichische Politiker, „die Bundesrepublik [könne, P. M.] ihrerseits sowjetischen Sirenentönen von der Neutralität erliegen“³⁷, und damit falle die gesamtstrategische Grundlage für das westliche Einverständnis zu einer spezifischen Neutralitätslösung für Österreich weg.

5. *Choreographie des Jahres 1955*

Die Choreographie des Jahres 1955 ist ohne die Choreographie des Jahres 1954 nicht zu denken. Zunächst war die Berliner Außenministerkonferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 ein völliger Fehlschlag gewesen; in der deutschen – aber auch in der österreichischen Frage – standen einander Maximalpositionen gegenüber: auf seiten des Westens frühzeitige freie gesamtdeutsche Wahlen und die Bündnisoption eines wiedervereinigten Deutschlands für die EVG, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, auf

34 Gehler: Modellfall, S. 858.

35 Ebd., S. 865.

36 Zwar war im Staatsvertrag selbst vom neutralen Status Österreichs nicht die Rede, sondern von Souveränität und Anschlussverbot an Deutschland. Aber die österreichische Neutralität war gleichwohl zentraler Bestandteil des politischen Gesamtpakets. Formal wurde sie in einem österreichischen Verfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 verankert, exakt nach dem Abschluß des Ratifikationsprozesse und dem Abzug der letzten Besatzungstruppen. So konnte der Anschein einer genuin österreichischen Entscheidung gewahrt werden.

37 Pape, Matthias: *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945 bis 1965*. Köln/Weimar/Wien 2000, S. 296 unter Bezugnahme auf den österreichischen Bundeskanzler Julius Raab.

sowjetischer Seite ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem und die paritätische Beteiligung der DDR-Seite an einer gesamtdeutschen Regierung.³⁸

Dann scheiterte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung. Das ganze bereits Ende Mai 1952 in Bonn und Paris unterzeichnete Gesamtpaket für die Bundesrepublik von Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG, Ablösung des Besatzungsstatuts und – weitgehend – Souveränität schien in Frage gestellt. Vor allem der forcierte Einsatz der amerikanischen Politik brachte die Wende und definitive, schon im ersten Halbjahr 1955 ratifizierte Lösungen. Die Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 29. September bis 3. Oktober 1954 schuf, unter starkem diplomatischen Einsatz auch der britischen Seite, die Voraussetzungen für die Aufhebung des Besatzungsstatuts und, als Ersatzlösung für die weggefallene EVG, den unmittelbaren NATO-Beitritt der Bundesrepublik über das Vehikel der westeuropäischen Union (WEU). Letztere war eine Modifikation des eigentlich gegen Deutschland geschaffenen Brüsseler Paktes aus der frühen Nachkriegszeit von 1948. Die Pariser Konferenz vom 19. bis 23. Oktober 1954 goß das alles dann in feste Formen, einschließlich des Saar-Statutes, das den Beteiligten noch einiges Kopfzerbrechen bereiten sollte. Seit Anfang Mai 1955 war nun die Bundesrepublik mit Ausnahme der Deutschland als Ganzes und Berlin betreffenden Fragen souverän und Mitglied der NATO. Im scheinbaren Gegenzug, denn die Vorbereitungen waren längst getroffen, hielt die Sowjetunion ihre Satelliten zur Gründung des Warschauer Paktes an, mit der DDR als Partner, aber zunächst ohne offizielle militärische Komponente (Die Umwandlung der Kasernierten Volkspolizei in die Nationale Volksarmee – NVA – erfolgte formal erst am 18. Januar 1956). Die Genfer Gipfelkonferenz vom 18. bis 23. Juli 1955 erwuchs aus der tatsächlichen oder vermeintlichen Tauwetterphase im Zusammenhang mit und nach der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages. Insbesondere der amerikanische Außenminister John Foster Dulles hielt in dieser Situation wohl so etwas wie eine Finnlandisierung der sowjetischen Satellitenstaaten für möglich³⁹ – was wiederum den Bundeskanzler nervös machte. Denn Adenauer schloß nicht aus, daß insbesondere Präsident Eisenhower am Ende für eine Deutschland einbeziehende Neutralisierung gewonnen werden könne, für Adenauer zu allen Zeiten der „Worst Case“. Am 13. Juni 1955 flog Adenauer nach Washington, um für die anstehende Gipfelkonferenz, aber auch für seinen eigenen anstehenden Besuch in Moskau – zwischenzeitlich war die sowjetische Einladung dazu ergangen – die notwendigen Vorabklärungen zu schaffen. Adenauer selbst ließ zuvor General Heusinger, der einstweilen noch in Zivil Dienst tun mußte, streng geheime Pläne für militärische Disengagementlösungen in Europa ohne Neutralisierung und ohne Singularisierung deutschen Territoriums erarbeiten und in Washington vortragen. Die Rede war von „Räumen abgestufter militärischer Nutzung ostwärts und westlich einer Linie Stettin–Prag–Wien–Triest mit kontrollierten entmilitarisierten und truppenverdünnten Zonen“.⁴⁰ Der Heusinger-Plan vom 11. Juni 1955 bezeichnete die äußerste Linie sicherheitspolitischer Konzessionsbereitschaft des Bundeskanzlers, falls die Dinge in der deutschen Frage doch in Bewegung kamen, das heißt keine Singularisierung der Bundesrepublik oder auch eines potentiell wiedervereinigten Deutschlands, gegebenenfalls weitgehende Entmilitarisierung des DDR-Territoriums und insgesamt Zonen ausgewogener Sicherheit jenseits von Nationalstaatsgrenzen. De facto spielte dieser Plan freilich in den nächsten Monaten keine Rolle. Tatsächlich gab

38 Felken, Detlef: Dulles und Deutschlandpolitik. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953 bis 1959. Bonn/Berlin 1993, S. 211 ff.

39 Ebd., S. 289.

40 Meyer, Georg: Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964. Hamburg/ Berlin/Bonn 2001, S. 578.

es in Genf dann eher in moderaten Formen ein Tauziehen, ob auf Platz eins der internationalen Agenda die Herstellung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems oder die Wiedervereinigung Deutschlands stehen solle.

Von Adenauer, der sich zum Sommerurlaub nach Mürren im Berner Oberland begeben hatte, wurden die Dinge in Genf genau verfolgt. Die diplomatischen Asses des Kanzlers, Herbert Blankenhorn, Wilhelm Grewe, Felix von Eckart waren nach Genf entsandt worden, konferierten mit den „Mitarbeiterstäben der Westmächte“⁴¹ und wurden immer wieder mit dem vom Kanzler streng überwachten und eben erst frisch ernannten Außenminister von Brentano zum Rapport an seinen Urlaubsort einbestellt. Adenauer, von stetem Mißtrauen erfüllt, ließ in der Deutschland- und Sicherheitspolitik nichts aus den Augen. Die Gipfelkonferenz am Genfer See endete mit einem Formelkompromiß. Sie trug der für wenige Monate später einberufenen Außenministerkonferenz auf, sich mit einem „Sicherheitspakt für Europa oder für einen Teil Europas“ zu befassen, wie mit der „gemeinsamen Verantwortung für die Regelung des deutschen Problems und der Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen [dergestalt, P.M.], dass die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit herbeigeführt werden soll.“⁴² Die so mehr oder weniger instruierte Außenministerkonferenz der vier Mächte tagte vom 27. Oktober bis zum 16. November 1955 gleichfalls in Genf. Diese zweite Konferenz des Jahres 1955 auf Schweizer Boden scheiterte aber völlig. Nachdem es zunächst so ausgesehen hatte, als gebe es im Bereich der europäischen Sicherheit Annäherungen, postulierte der sowjetische Außenminister Molotow, es dürfe keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR geben, deren Gründung „ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands wie auch in der Geschichte ganz Europas“⁴³ sei. Ein System europäischer Sicherheit solle vorderhand mit zwei deutschen Staaten errichtet werden. Damit ging deutschlandpolitisch das Jahr 1955 zu Ende. Zwischen den beiden Genfer Konferenzen aber lag der mythenumflorte Moskau-Besuch des Bundeskanzlers vom September des Jahres.

6. Adenauers Moskau-Reise

Adenauers Moskau-Reise vom 8. bis 14. September 1955 ist in den deutschen Mythenhaushalt eingegangen – ein klassisches Beispiel dafür, wie bei einem historischen Ereignis Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen können.⁴⁴ Der Mythencharakter des Besuches bezieht sich an erster Stelle auf die von Adenauer durchgesetzte Freilassung der letzten zehntausend Deutschen, die in der Sowjetunion zurückgehalten wurden, teilweise Kriegsgefangene, teilweise Zivilverschleppte, vielfach verurteilt wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Verbrechenstatbestände – jedenfalls nach den Maßstäben und Opportunitäten der stalinistischen Sowjetunion. Vielfache Wochenschauaufnahmen aus dem Grenzdurchgangslager Friedland stilisierten Adenauer zum Helden und Befreier dieser Menschen. Tatsächlich handelte es sich um ein großes politisches Kalkül,

41 Ramscheid, Birgit: Herbert Blankenhorn (1904–1991). Adenauers außenpolitischer Berater. Düsseldorf 2006, S. 249.

42 Zit. nach Wettig, Gerhard: Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe. Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum. München 2011, S. 47 f.

43 Felken: Dulles S. 338.

44 Kilian, Werner: Adenauers Reise nach Moskau. Freiburg/Basel/Wien 2005, ferner die ausführliche Schilderung bei Schwarz: Adenauer, S. 207 ff., Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1953–1955. Stuttgart 1966, S. 487 ff. Für einen der mitreisenden Chefdiplomaten Ramscheid: Blankenhorn, S. 252 ff., für das Phänomen des Mitreisenden SPD-Oppositionspolitikers Carlo Schmid Weber, Petra: Carlo Schmid 1896–1979. Eine Biographie. München 1996, S. 539 ff. Ferner aus der Memoirenliteratur Grewe, Wilhelm G.: Rückblenden 1976–1951. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1979, S. 232 ff., Schmid, Carlo: Erinnerungen. Bern/München/Wien 1979, S. 564 ff.

in das die Sowjetunion von vornherein die DDR-Führung mit einbezogen hatte. Ein weiterer, optisch vorzüglich vermittelbarer Mythenfaktor waren Auftreten und Präsenz der deutschen Delegation in Moskau, gut zehn Jahre nach Kriegsende: Mit den zwei einzigen viermotorigen Super Constellations, über die die eben wieder gegründete Luft-hansa verfügte, mit einem Sonderzug aus vierzehn Wagen, der nach Moskau insbesondere einen von der Bundespost ausgerüsteten, angeblich abhörsicheren Verhandlungsraum gebracht hatte, mit zwei großen Dienstlimousinen des Kanzlers – vom Typ „Adenauer-Mercedes“ –, die auch für die Kameras der über siebzig mitgereisten deutschen Journalisten optisch auffällig auf dem Roten Platz geparkt waren, mit opulenten Eß- und Trinkgelagen, fokussiert auf das russische Nationalgetränk Wodka. Letzteres wurde von Adenauer auf doppelte Weise gekontert, zum einen durch die Immunisierung der deutschen Delegationsmitglieder mit eingeflößtem Olivenöl, bevor es zu den Gelagen ging, zum anderen durch eine von Adenauer mitgebrachte Flasche Schwarzwälder Kirsch, die er Chruschtschow bei der deutschen Gegeneinladung am 11. September überreichte. Chruschtschow versuchte, verzog die Miene und stellte fest, „das sei etwas für einen Ochsen, aber nicht für einen Menschen“.⁴⁵ Wie sehr Adenauer sich und seine Präsenz in Moskau gegenüber den sowjetischen Machthabern im nachhinein stilisierte, zeigt aber eher eine Sentenz von den emotional geführten Auseinandersetzungen am 10. September im Kreml. Nach den vielerlei sowjetischen Vorhaltungen über deutsche Greuel-taten während des Zweiten Weltkrieges und den von sowjetischer Seite heftig zurückgewiesenen deutschen Erwidern über Untaten von seiten der Roten Armee auf deutschem Boden, ließ sich der Kanzler nach seinen Memoiren folgendermaßen ein: „Außenminister Molotow hat gesagt, dass die Deutschen nicht im Stande gewesen seien, sich vom Hitlerismus zu befreien. Gestatten Sie mir einmal folgende Frage: Wer hat denn eigentlich das Abkommen mit Hitler abgeschlossen, Sie oder ich?“⁴⁶ Die einschlägige Literatur vermittelt ein anderes Bild: Adenauer habe es nicht gewagt, mit der Erwähnung des Molotow-Ribbentrop-Paktes vom 23. August 1939 zu provozieren und damit ein Platzen der ganzen Konferenz zu diesem frühen Zeitpunkt zu riskieren.⁴⁷ Schließlich noch ein letzter Punkt, der zur Überhöhung der ganzen Reise weidlich instrumentalisiert werden konnte: Die Mitnahme des SPD-Politikers Carlo Schmid in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, neben dem Ausschußvorsitzenden Kurt Georg Kiesinger. Auch hier ging es vordergründig und symbolhaft um virile Spielereien: Der auch körperlich sehr gewichtige Schmid trank den Wodka ostentativ aus größeren Gläsern, gewann ein physisches Kräfteressen gegen Chruschtschow und verdiente sich so bei diesem das Prädikat „Gospodin Großdeutschland“.⁴⁸ Die Mitnahme des professoralen Bildungsbürgers Carlo Schmid nach Moskau war ein überaus geschickter Schachzug Konrad Adenauers: Formal ging es darum, das Verfassungsorgan Bundestag zu beteiligen, so wie auch den Bundesrat mit dessen Präsidenten, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold. Tatsächlich war Schmid alles andere als stiller Beobachter, Adenauer setzte ihn geschickt in der Konferenz am 11. September in der Rolle eines rhetorischen Flankenschutzes ein, als sich in der Kriegsgefangenenfrage nichts bewegte – und Schmid füllte glänzend die doppelte Rolle aus, die ihm hier zugefallen war: einmal die rechte, um Großzügigkeit bittende Emotionalität zu finden, und zum anderen zu demonstrieren, daß hier so etwas wie eine gesamtdeutsche Delegation am Tisch saß.⁴⁹ Vor

45 Kilian: Adenauers Reise, S. 153.

46 Adenauer: Erinnerungen, S. 515.

47 Kilian: Adenauers Reise, S. 139.

48 Schmid: Erinnerungen, S. 569 f.

49 Ebd., S. 575 f.

allem aber sprang Schmid dem Kanzler bei den internen Auseinandersetzungen in der deutschen Delegation bei. Außenminister von Brentano wie die Spitzenbeamten lehnten heftig den sich anbahnenden Deal ab: Aufnahme diplomatischer Beziehungen gegen Freilassung der Kriegsgefangenen auf ein bloßes mündliches Ehrenwort des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin hin. Das entsprach ganz und gar nicht den Vorüberlegungen, die man in Bonn wie mit den Verbündeten angestellt hatte. Hier schien eine rote Linie überschritten. Carlo Schmid stützte den Kanzler bei seiner ziemlich einsamen Entscheidung, sich am Ende auf dieses Arrangement einzulassen, und letzterer stattete ihm einen sehr besonderen Dank ab, indem er diesen Oppositionspolitiker zur ersten Kabinettsitzung nach der Rückkehr am 15. September einlud und vor seinen Ministern belobigte. Dann aber nahmen sich Adenauer wie Schmid zurück. Beide wollten wohl ihren Parteien gegenüber den Eindruck vermeiden wissen, in Moskau so etwas wie Große Koalition praktiziert zu haben, gut ein Jahrfrüht, bevor solche Gedanken in der bundesdeutschen Politik tatsächlich wirkmächtig wurden. Die politische Zusammensetzung der Bonner Delegation in Moskau war aber auch auffällig im Blick auf die Frage, wer fehlte: Es fehlten sowohl Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard, als auch ein Politiker und Minister mit FDP-Ticket. Für Erhards Mitnahme hätte es gute Gründe gegeben, denn auf der offiziellen Moskauer Tagesordnung standen auch die Wirtschaftsbeziehungen. Erhard wie der Koalitionspartner FDP drängten auf Mitnahme. Sie wurden vom Kanzler vermutlich nicht nur deshalb ausgebremst, weil sich das Koalitions-klima gegenüber der FDP ohnehin seit längerem verschlechterte. Adenauer, das war wohl die Intention, wollte Getreue um sich haben, auf die er sich deutschland- und außenpolitisch fest verlassen konnte.

Was aber stand in Moskau eigentlich auf der Tagesordnung? Beim Abflug auf dem Flughafen Köln-Wahn hatte der Kanzler erklärt: „Ich gehe nach Moskau mit dem festen Vorsatz, alles zu tun, was in meinen Kräften steht, um den Frieden zu nutzen, um die Einheit unseres Vaterlandes wieder herzustellen und um zu erreichen, daß unsere Kriegsgefangenen zurückkommen.“⁵⁰ Tatsächlich aber war das Wiedervereinigungsthema, jedenfalls in einem konkret-operativen Sinn, in Moskau gar nicht Gesprächsgegenstand. Formal war hier auch auf die Vorbehaltsrechte der vier Siegermächte und die anstehende Genfer Konferenz der Außenminister zu verweisen. Wichtiger aber war, daß hier nach Chruschtschows eindeutiger Erklärung von Ende Juli in Ost-Berlin, sozialistische Errungenschaften der DDR dürften nicht zur Disposition gestellt werden, kein Spielraum zu erwarten war. Hans-Peter Schwarz schreibt in seiner Adenauer-Biographie unumwunden, trotz umfangreicher konzeptioneller Vorarbeiten sei die für Moskau erarbeitete deutsche Konferenz-Strategie mehr oder weniger ein glatter Fehlschlag gewesen.⁵¹

Die Sowjetunion hatte im Vorfeld auf Platz eins ihrer Agenda die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gesetzt. Die ursprüngliche Bonner Verhandlungsposition war dagegen, vier gemischte Kommissionen einzusetzen, über wirtschaftliche und kulturelle Fragen, das Kriegsgefangenenthema und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sowie es vorab beim Austausch von Geschäftsträgern zu belassen. Und dies alles in Relation zu einem faktischen Staatsbesuch, für den sich die deutsche und die sowjetische Führung rund eine Woche Zeit nahmen. Adenauer erkannte vor Ort, daß das so nicht ging. Er korrigierte sich – gegen den Rat seiner Ratgeber –, er konzidierte die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen gegen ein mündliches Ehrenwort in der Kriegsgefangenenfrage und ohne Fortschritte in der eigentlich ja alles überlagernden

50 Zit. nach Kilian: Adenauers Reise, S. 112.

51 Schwarz: Adenauer, S. 216.

Wiedervereinigungsfrage. Hier gab es nur einen Briefwechsel, bei dem die juristischen bundesdeutschen Positionen („Alleinvertretungsanspruch“) fixiert wurden. Das alles war materiell wenig, medial geschickt überhöht und am Ende emotional eben doch sehr viel. Adenauer hatte den Flug nach Moskau gewagt, das nötigte vielen Respekt ab, ohne doch zugleich den geringsten Anlaß zu geben, es könnte wieder, in Rapallo-Manier, zu einer antiwestlichen deutschen Schaukelpolitik kommen. Und das Bild von den wieder heimgekehrten letzten Kriegsgefangenen grub sich tief in den deutschen Geschichtshaushalt ein, obwohl auch in diesem Fall die Realitäten sehr viel differenzierter zu sehen waren. Denn ein sowjetisches Entgegenkommen in dieser Frage, parallel auch gegenüber der DDR-Führung, hatte sozusagen in der Luft gelegen.

7. Das Saarplebiszit

Am 23. Oktober 1955 beteiligten sich 96,72 Prozent der Abstimmungsberechtigten am Plebiszit über das „Saar-Statut“. Mehr als zwei Drittel, 67,71 Prozent, lehnten es ab. Ein nationaler Paukenschlag, der zurück in die deutsch-französischen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit im klassisch-nationalstaatlichen Sinne führte?

Das vom Bundesgebiet abgetrennte Saarland knüpfte mittelbar an das Saargebiet an, das der Versailler Vertrag 1919 von Deutschland abgetrennt und unter Völkerbundsmandat gestellt hatte, bis zum Plebiszit und zum Beitritt zu NS-Deutschland 1935. Das Saarland der zweiten Nachkriegszeit war territorial vergrößert und stand nun unter rein französischer Vormundschaft. Die Abtrennung des Saarlandes vom Bundesgebiet war in Bonn zwar zu keinem Zeitpunkt akzeptiert, notgedrungen aber doch hingenommen worden, und umgekehrt war unbestreitbar, daß über lange Zeit eine von Deutschland und damit den Belastungen aus der Kriegszeit unabhängige Entwicklung dieser kleinbürgerlich-katholisch geprägten Montanregion bei den Saarländern selbst durchaus populär war. Die Trends waren gewissermaßen uneinheitlich: Da die prodeutschen Parteien bei der Landtagswahl vom 30. November 1952 nicht kandidieren durften, galt für ihre Anhänger die Parole Wahlenthaltung, aber diese wurde von lediglich 22,8 Prozent der Stimmberechtigten befolgt.⁵²

1954/1955 war das alles ganz anders: In Westdeutschland herrschten stabile Verhältnisse, das Wirtschaftswunder begann Fahrt aufzunehmen, die französische Vormundschaft wurde von immer mehr Saarländern, darunter insbesondere die Gewerkschaften, als Bedrückung empfunden. Dagegen stand das Saar-Statut vom 23. Oktober 1954. Es war Bestandteil der Pariser Verträge und dem Bundeskanzler von der französischen Führung förmlich aufgefordert worden, um das Gesamtpaket von Aufhebung des Besatzungsstatuts und NATO-Beitritt nicht zu gefährden. Das Saar-Statut⁵³ verfügte, daß bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland das Saarland eine autonome Entwicklung unter Vormundschaft der WEU nehmen solle, weiterhin als Bestandteil des französischen Zoll- und Währungsraumes, allerdings mit der Aussicht einer Intensivierung der ökonomischen Beziehungen auch zur Bundesrepublik. Zugleich sollte es, dies war der französische Wunsch, ein Plebiszit über die Annahme dieses Statuts geben. Dahinter stand die Annahme, ein Nein werde die Fortsetzung des Status quo, also des französischen Protektorats-Status, legitimieren. Das Saarland war unbestreitbar so etwas wie eine Kriegstrophäe, und zugleich erschien es als Land der Kohlegruben, der Eisenverhüttung und der Stahlveredelung wirtschaftlich besonders wertvoll. Daß wenige Jahre später die Montan-Krise das Ruhrgebiet, das Saarland und das französische

52 Küppers, Heinrich: Johannes Hoffmann (1890–1967). Biografie eines Deutschen. Düsseldorf 2008, S. 481.

53 Abdruck in Elzer, Herbert: Konrad Adenauer, Jakob Kaiser und die „kleine Wiedervereinigung“. St. Ingbert 2008, S. 1002–1004.

Lothringen ökonomisch dauerhaft zurückwerfen würde, ahnte in den frühen fünfziger Jahren noch niemand. Das Saar-Statut war in Westdeutschland äußerst unbeliebt, es rief in einer Weise nationale Emotionen wach, wie das für die zweite Nachkriegszeit ganz ungewöhnlich war und eher an die Zwischenkriegszeit erinnerte. Es ging einmal um den mehr oder weniger freiwilligen Verzicht auf „Land und Leute“, zum anderen um einen Präzedenzfall im Hinblick auf die DDR wie auf die Territorien östlich der Oder-Neiße-Grenze, deren Rückgewinnbarkeit damals noch mancher in der Bundesrepublik für möglich hielt. Und es kam hinzu: Viele, die den Gesamtkurs des Kanzlers für zu wenig national hielten, sahen hier jetzt ein Ventil. Die Kontroverse über das Saar-Statut wurde in der Bundesrepublik auch ein Meilenstein auf dem Weg der Trennung zwischen Adenauer und der FDP, die dann Anfang 1956 vollzogen wurde. Bei der Ratifizierung über die Pariser Verträge am 27. Februar 1955 im Bundestag schnitt das Saar-Statut mit 201 Nein-Stimmen – darunter das Gros der FDP-Abgeordneten – deutlich schlechter ab, als das Gesetz über den NATO-Beitritt mit 157 Gegenstimmen.⁵⁴ Gegen die starke innerparteiliche Opposition in dieser Frage hatte der Kanzler schwerste Geschütze aufgeföhren: Seinem Bundesminister für Gesamtdeutsche Beziehungen, Jakob Kaiser, drohte er, falls dieser auch mit Nein stimme, mit der Entlassung. Kaiser enthielt sich. Seine tatsächlich ablehnende Haltung war ohnehin klar. Kaiser bildete mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier eine CDU-interne Achse gegen den Kanzler; der Apparat des von ihm geföhrteten Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Beziehungen tat alles, um die deutsche Position an der Saar zu stärken. Nun rückte der Abstimmungstag im Saarland näher. Das bedeutete auch, daß die bislang nicht zugelassenen bzw. verbotenen prodeutschen Parteien nun aktiv werden und für ihre Position öffentlich werben durften. Bis dahin hatte der saarländische Innenminister Edgar Hector mit der ganzen Schlagkraft eines polizeistaatlichen Apparates die prodeutschen Regungen unterdrückt – das rächte sich jetzt; bei nun geöffneter Ventil kochten die Emotionen hoch, und mitunter standen sich auch Kombattanten schon aus dem Abstimmungskampf an der Saar von 1934/1935 gegenüber. Der eigentliche Promotor der Kampagne – und damit Gegenspieler Adenauers wie des als Separatist angegriffenen saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann – war der Vorsitzende des FDP-Ablegers DPS Heinrich Schneider. Schneider hatte eine schillernde NSDAP-Biographie, er war im Apparat des alten Auswärtigen Amtes tätig gewesen, als nationalistisches Feindbild schien er nicht wenigen tauglich. Zugleich aber war Schneider kampagnenfest und sammelte hinter sich auch die Christdemokraten an der Saar unter Hubert Ney und die Sozialdemokraten unter Kurt Conrad.⁵⁵

Adenauer, dem Ministerpräsident Johannes Hoffmann und seine in Saarbrücken regierende Christliche Volkspartei (CVP) alles andere als sympathisch waren, wollte an erster Stelle um jeden Preis einen deutsch-französischen Konflikt vermieden wissen. Als die Demoskopen eine deutliche Niederlage der Statut-Befürworter im Saarland andeuteten, versuchte er die Reißleine zu ziehen. Am 2. September 1955 erklärte der Bundeskanzler bei einer Kundgebung in Bochum: „Ich verstehe, daß sie [die Bevölkerung des Saarlandes, P. M.] die Regierung Hoffmann nicht mehr will und ich bin der Auffassung, die Regierung Hoffmann hat im Saargebiet keinen Boden mehr bei der Bevölkerung. Aber der Weg, zu einer anderen Regierung zu kommen ist derjenige, dieses Statut anzunehmen und dann in der darauf stattfindenden Landtagswahl einen Landtag zu wählen, der in einer Mehrheit gegen die Regierung Hoffmann gerichtet ist. Und wenn man das tut [...], dann beachtet man gleichzeitig auch die europäischen

54 Archiv der Gegenwart, Bd. 2, S. 1400.

55 Vgl. Schneider, Heinrich: Das Wunder an der Saar. Ein Erfolg politischer Gemeinsamkeit. Stuttgart-Degerloch 1975.

Interessen, die es nicht vertragen, daß ausgerechnet in diesem Augenblick und in diesen Wochen, diesen wenigen Wochen vor der zweiten Genfer Konferenz, in Europa zwischen Deutschland und Frankreich ein Unruheherd wieder geschaffen wird.“⁵⁶ Im Gegenzug schlossen sich nun die prodeutschen Parteien zum „Deutschen Heimatbund“ zusammen und führten ihre nationale Kampagne „Für Freiheit und Vaterland“ mit aller Entschiedenheit weiter. Möglicherweise hat Adenauers Intervention den Anteil von zwischenzeitlich demoskopisch gemessenen über siebzig Prozent Ablehnenden auf dann 68 Prozent am Abstimmungstag heruntergedrückt. Von einer Trendwende aber konnte trotz der Intervention des Kanzlers keine Rede sein. Mit dem Abstimmungstag selbst aber war die nationale Konfrontation um das Saarland im Stil der Zwischenkriegszeit fast wie mit einem Schlag beendet. Die Bundesrepublik und Frankreich agierten, wie es den alles überlagernden Erfordernissen des Kalten Krieges entsprach. Sie einigten sich nun bemerkenswert konfliktfrei auf die Rückkehr des Saarlandes als elftes deutsches Land in die Bundesrepublik, flankiert mit vielfachen ökonomischen und finanziellen Vergünstigungen für den französischen Partner. Adenauer demonstrierte, zu welchen dialektischen Volten Politik in der Lage ist: Das habe er schon immer gewollt, nur eben nicht laut propagieren dürfen, um den französischen Partner nicht zu brüskieren, und auf die Saarländer vertraut. Als das Saarland am 1. Januar 1957 „heimkehrte“, fuhr Adenauer mit dem Sonderzug von Königswinter nach Saarbrücken, tafelte unterwegs mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Peter Altmeier bei bestem Wein und einer Schüssel Kaviar und – um Hans-Peter Schwarz zu zitieren – „findet in unübertrefflicher Ungeniertheit auch die richtigen Worte: ‚Das ist der schönste Tag meines Lebens.‘“⁵⁷

8. *Das Zerwürfnis mit der FDP*

Von 1955 aus gesehen war es noch ein weiter Weg zu den großen Wahltriumphen der Union bei der Bundestagswahl 1957 wie bei der Landtagswahl im Folgejahr in Nordrhein-Westfalen mit jeweils der absoluten Mehrheit der Stimmen. Adenauer regierte seit 1953, obwohl die CDU/CSU über die absolute Mehrheit der Mandate im Bundestag verfügte, mit einer bürgerlichen Koalition. Sie umfaßte FDP, DP und GB/BHE. Aber das Verhältnis zur FDP verschlechterte sich zusehends. Wie oft in derlei Konstellationen kamen inhaltliche Divergenzen und persönliche Animositäten zusammen. Zwischen Adenauer und dem FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler bahnte sich eine Entwicklung an, die geradezu in Feindseligkeit mündete. Nachdem Adenauer mit dem FDP-Abgeordneten Max Becker und danach mit Thomas Dehler bei der Ratifikationsdebatte über das Saarstatut hart aneinander geraten war, schickte er einen Beobachter aus dem Kanzleramt zum FDP-Bundesparteitag am 25. März 1955 in Oldenburg. Dieser notierte, Dehler habe „den stärksten Beifall [erhalten, P. M.], als er von der ‚Hybris und dem Übermut der CDU‘ sprach und dem Bundeskanzler vorwarf, dieser trage die eigentliche Verantwortung dafür, daß es zu keiner gemeinsamen Außenpolitik mit der Opposition gekommen ist.“⁵⁸

Neben die Konflikte um die Deutschlandpolitik – die „nationale“ FDP hielt dem Kanzler immer wieder mangelnden Willen zu einer operativen Wiedervereinigungspolitik vor – traten weitere Divergenzen. Die CSU trug der FDP nach, daß diese sich am 14. Dezember 1954 an der Bildung einer Vierer-Koalition in Bayern unter Führung der SPD beteiligt hatte, durch die die CSU selbst in die Opposition geraten war. Franz Josef

56 Zit. nach Schneider: Wunder, S. 456 f.

57 Schwarz: Staatsmann, S. 234.

58 Adenauer und die FDP, bearbeitet von Löttel, Holger (Adenauer Rhöndorfer Ausgabe). Paderborn u. a. 2013, S. 64.

Strauß, inzwischen Bundesminister für besondere Aufgaben und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, ermahnte den Kanzler, härter aufzutreten und die FDP zu disziplinieren. Ein klassisches Muster zeichnete sich ab, das es in der Folge immer wieder geben sollte: CDU-Kanzler sozusagen in der Moderatorenrolle zwischen FDP einerseits und CSU andererseits. Gegen Ende des Jahres 1955 verdichteten sich die Anzeichen, die Union strebe eine deutliche Modifikation des Bundestagswahlrechts an, die Einführung des sogenannten „Grabenwahlrechts“. Am 14. Dezember des Jahres brachten Union und DP im Wahlrechts-Sonderausschuß des Deutschen Bundestages einen Wahlgesetzentwurf ein, der bei seiner Praktizierung die FDP zur Splitterpartei marginalisiert hätte.⁵⁹ Bei Bundestagswahlen sollten künftig sechzig Prozent der Mandate als Direktmandate in den Wahlkreisen vergeben werden, nur noch vierzig Prozent über Landeslisten – und vor allem, dies war entscheidend: eine Verrechnung von Erst- und Zweitstimmen sollte es nicht mehr geben. Nun erfolgte in der FDP eine Art Generalmobilisierung an sämtlichen Fronten, um mit allen Konsequenzen dieser Gefahr zu begegnen. Am 6., 7. und 13. Dezember 1955 kam es zwischen Adenauer und Dehler zum Showdown in Gestalt sogenannter „Koalitionsbesprechungen“.⁶⁰ Die Besprechungen wurden im Palais Schaumburg wie Verhandlungen erbitterter Gegner geführt. Parlamentsstenographen schrieben mit, Mikrophone nahmen auf. Über die Herausgabe von Kopien der Bänder an Dehler wurde danach über Jahre, auch vor Gericht, gestritten. In der gegebenen personellen Konstellation war die Koalition am Ende. Erst im Folgejahr sollten freilich die entscheidenden Schritte getan werden: Am 20. Februar 1956 putschten im nordrhein-westfälischen Landtag die Düsseldorfer „Jungtürken“, eine Gruppe ehrgeiziger FDP-Nachwuchsabgeordneter aus der Altersgruppe der Dreißig- bis Vierzigjährigen. In einem konstruktiven Mißtrauensvotum wurde die CDU-geführte Regierung des Ministerpräsidenten Karl Arnold gestürzt und dem SPD-Ministerpräsidenten Fritz Steinhoff der Weg in die Staatskanzlei gebahnt. Wenige Tage später klärten sich die Verhältnisse auf Bundesebene: Am 23. Februar 1956 verließen 16 mit dem Kanzler sympathisierende FDP-Bundestagsabgeordnete, darunter die vier Bundesminister, die Partei und gründeten eine „Arbeitsgemeinschaft Freier Demokraten“. Das Gros der Partei ging unter Thomas Dehler in die Opposition. Der schwarze CDU-Patriarch Adenauer, wie Dehler es am 7. Dezember beim Koalitionsgespräch ausführte, „mit Methoden aus der Renaissancezeit“, war immer mehr zum Feindbild der Liberalen geworden.

9. Schluß

Die Wahlen 1957 im Bund und 1958 in Nordrhein-Westfalen schienen trotz dieser Konflikte die Unions-Hegemonie in der alten Bundesrepublik eindrucksvoll zu dokumentieren. In Düsseldorf gewann die CSU 1958 die absolute Mehrheit und konnte wieder die Regierung bilden. Aber wie oft in der Geschichte war das scheinbar Eindeutige tatsächlich eher vordergründig und keineswegs auf Dauer festgefügt. Höhe- und Wendepunkte fallen leicht zusammen. Schon die Präsidentschaftskrise des Jahres 1959 mit den Unions-internen Konflikten um die Nachfolge von Bundespräsident Heuss zeigte an, daß eine Ära ihrem Ende entgegenging. Zuvor aber das Jahr 1955: Ein denkbar spannendes Jahr, mit dem Jahr 1954 zusammen eine entscheidende Phase für die Westbindung der alten Bundesrepublik und zugleich für das Ende aller Wunschträume von einem im freien Raum agierenden Deutschland. Zugleich ist 1955 geradezu ein Lehrbeispiel dafür, wie spannend und ergiebig es sein kann, sich bei deutscher Geschichte (auch) auf die alte Bundesrepublik einzulassen.

59 Düding, Dieter: Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Vom Fünfparteien- zum Zweiparteien-Landtag. Düsseldorf 2008, S. 364 ff.

60 Adenauer und die FDP, Dokumente 152, 153 und 154, S. 484–704.